



UZ-Extra –
Zeitung der DKP
www.dkp.de

Arbeitszeit runter –
Lebensqualität hoch!
Die DKP kämpft für die
30-Stunden-Woche.
Seite 2

Keine Nazis in die
Parlamente – Keine
Stimme den Rechten!
NPD-Verbot jetzt!
Seite 3

Kampfdrohnen ächtend!

US-Killerdrohnen haben allein in Pakistan bislang mindestens 3 200 Menschen getötet. Vorgehen sind von der Bundesregierung aber auch „ressortübergreifende“ Drohneneinsätze, d. h. nichts anderes als die Nutzung der Überwachungstechnologie von Spionagedrohnen durch BND und Polizei, beispielsweise bei Protestaktionen wie 2007 in Rostock/Heiligendamm.

Ein Verbot und die internationale Ächtung von Kampfdrohnen ist dringend geboten. Gegen den Einsatz von Überwachungsdrohnen im Inneren muss der Widerstand verstärkt werden!

unsere zeit

25 Cent



UZ-Pressfest
DKP-Volksfest
27.-29. Juni 2014
Dortmund
Revierpark
Wischlingen

Wählt den Weg des Widerstands!

Der erste Wachmacher im Bundestagswahlkampf kam von den Grünen. Sie fordern einen Veggie-Day, einen vegetarischen Tag. An Donnerstagen soll es künftig in öffentlichen Kantinen kein Fleisch mehr geben – der Gesundheit und Umwelt zuliebe. Die Empörung war groß und unisono: Wir lassen uns nicht bevormunden! Am lautesten schrie die CDU. Die FDP ließ sich gar zu öffentlichen Protestaktionen hinreißen: Freie Wahl für freie Bürger.

Keine Aufregung rufen hingegen Phrasen und Lügen hervor. Sie hängen an bald jeder Laterne. Plakatiert von CDU, SPD, FDP und Grünen. CDU und FDP setzen auf Familie, Wachstum, solide Finanzen und ein starkes Deutschland. SPD und Grüne sind frecher: Sie behaupten für die Menschen da zu sein, sich einzusetzen für bezahlbare Mieten, sichere Arbeitsplätze, Mindestlöhne, Kitaplätze und gegen Altersarmut.

Die Realitäten sehen anders aus.

Es waren SPD und Grüne, die mit der Agenda 2010 mit Hartz IV die Armut per Gesetz eingeführt haben. Es waren zunächst SPD und CDU und dann FDP und CDU, die diese Politik mit Angriffen auf Arbeiterrechte, mit Lohndumping u. a. durch Leiharbeit und Werkverträge, mit Arbeitszeitverlängerung und Rentenklau gnadenlos fortgeführt haben. Da kann es fast egal sein, wer von den großen Parteien in welcher Kombination die Agenda 2020 und damit die nächsten Schweinereien auf den Weg bringt.

CDU, FDP, SPD und Grüne kennen nur eine Antwort auf die Krise: Das Abwälzen der Krise auf die Bevölkerung zur Absicherung der Profite der Banken und Konzerne.

Wählt „Die Linke“

Von den Parteien im Bundestag ist es allein die Linkspartei, die in ihrem Wahlprogramm Forderungen im Interesse der Menschen in diesem Land stellt. Sie fordert wie die DKP einen Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde, die 30-Stunden-Woche

bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die Abschaffung der Rente mit 67 und „Weg mit Hartz IV!“ Sie setzt sich ein gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr und staatliche Überwachung.

Die DKP ist davon überzeugt, dass wirksamer Widerstand gegen Sozialabbau, Kriegspolitik und Neofaschismus nur auf der Straße, im außerparlamentarischen Kampf, in breiten Bündnissen vor allem gemeinsam mit den Gewerkschaften entwickelt werden kann. Dieser Widerstand kann durch eine konsequente Opposition im Parlament eine wichtige Unterstützung erfahren. In diesem Sinne freuen wir uns darüber, dass SPD und Grüne eine Koalition mit der Linkspartei kategorisch ablehnen und rufen zu ihrer Wahl als Oppositionspartei auf. Die DKP rät: Wählt den Weg des Widerstands! Wählt am 22. September mit der Zweitstimme die Partei „Die Linke“, damit der Widerstand weiterhin eine Stimme im Parlament hat.

Wahlempfehlung der DKP

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) kandidiert zur Bundestagswahl nur mit wenigen Direktkandidatinnen- und Kandidaten in Baden-Württemberg, Berlin und Brandenburg. Die DKP ruft dazu auf, mit der Zweitstimme die Partei Die Linke zu wählen, solange gesichert ist, dass sie konsequent gegen Sozialabbau, Kriegspolitik, jegliche Privatisierung und für den Erhalt der demokratischen Rechte eintritt.

Arbeitszeit runter – Lebensqualität hoch!

Arbeitsplätze schaffen und sichern, berufsbedingte Krankheiten eindämmen, mehr Geschlechtergerechtigkeit – welcher Bundestagskandidat würde sich dem im Wahlkampf verweigern? Auf die Frage „Aber wie?“ kommt oft nur: Standortsicherung, Wettbewerbsfähigkeit, Flexibilisierung, Stresstraining und Betreuungsgeld. Das sind alles Metaphern für Jobvernichtung, mehr Stress und Zementierung patriarchalischer Familienbilder. Wir raten, nur Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, die für eine spürbare Arbeitszeitverkürzung eintreten.

2009 wurde im Schnitt von allen Arbeitenden und Arbeitssuchenden 30 Stunden wöchentlich gearbeitet, von vielen aber mehr als 50 Stunden, von sechs Millionen Erwerbslosen und Unterbeschäftigten hingegen bis zu Null. Allein das ist Grund genug, als Ziel die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und



Personalausgleich anzustreben. Der Reichtum Weniger wüchse langsamer, statt um 500 vielleicht um 300 Milliarden pro Jahr. Betteln gehen müsste dann aber immer noch keiner der Millionäre und Milliardäre.

„30 Stunden? Ich wär froh, ich müsst' nur 40 ran!“, sagen viele leider zu Recht; denn statt der tariflichen 35 oder 38 sind 41 Stunden bei Vollzeit real, ohne häufig unbezahlte Arbeit und Rufbereitschaft in Freizeit und Urlaub. Deshalb beginnt der Kampf um Arbeitszeitverkürzung oft mit dem um die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes.



Arbeitet der Mann 40, 50 oder mehr Stunden, die Frau nur 10 oder 12, wird sich an patriarchalischen Verhältnissen wenig ändern. Besonders gekniffen sind Frauen, die davon alleine oder mit Kindern leben müssen. 30 Stunden lösen nicht alle Probleme, aber vieles würde menschlicher.

Weil in zahlreichen Betrieben Tarifverträge nicht greifen, braucht es gesetzliche Regelungen. Wer hier den „Markt“ regeln lassen will, hat keine Stimme derer verdient, für die sichere Arbeitsplätze, Erhaltung ihrer Gesundheit und Geschlechtergerechtigkeit Teil eines künftig besseren Lebens sind.

Herzlichen Glückwunsch zur Krise

Von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Leserin, lieber Leser, wir gratulieren Ihnen, Ihren Partnern, Kindern, Eltern und Großeltern. Jede(r) von Ihnen besitzt ein Geldvermögen von 62 100 Euro, alleine im letzten Quartal ist es um 650 Euro gewachsen. Ihre Immobilien, Aktien und sonstigen Vermögensgegenstände sind noch nicht mitgezählt.

Das hat die Bundesbank errechnet. Sie haben dieses Geld nicht, obwohl Sie seit Jahren täglich zur Arbeit gehen? Sie haben es nicht und sind arbeitslos, leben von Hartz IV und sind gezwungen das wenige Angesparte aufzubrechen? Sie haben es nicht und fürchten als Leiharbeiter permanent um ihren Job? Dann hat das wohl etwas mit der Verteilung des Reichtums zu tun. Jemand anders hat Ihren Anteil und der wächst trotz Krise. Der wächst



und gleichzeitig nimmt Ihr „Reichtum“ ab, weil es den deutschen Konzernen und Banken schon im Vorfeld der Krise gelungen ist, Deutschland im Verhältnis zur stetig steigenden Produktivität zu einem Niedriglohland zu machen.

Damit wurde die Grundlage dafür gelegt, dass deutsche Unternehmen und Banken auch in der Krise an der Krise verdienen können. Mit Hilfe ihrer Bundesregierung. Hier verordnet sie eine Schuldenbremse um die Zerschlagung der Infrastruktur („Sozialklimbim“) zu erzwingen. In Griechenland, Portugal, Italien, Spanien und anderen Ländern, die durch die deutsche „Exportwalze“ immer tiefer in die Verschuldung getrieben werden, verordnet sie den Abbau von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen zur Freude der Unternehmer und Banken dort und hier.

Nein, das wird sich mit einem Kreuzchen bei den Bundestagswahlen nicht ändern lassen. Die austauschbaren Politiker von CDU, SPD, FDP, Grünen und Piraten wollen das gar nicht ändern. Geändert wird das

nur durch Kämpfe der Menschen vor allem gegen das Niedriglohland Deutschland, also für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und frühere Rente. Dafür ist in diesem Land zu kämpfen und gemeinsam mit den Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen in ganz Europa.

Natürlich soll auch bei den Wahlen eine rote Fahne des Protests gegen diesen unmenschlichen Kapitalismus wehen. Mit einer Stimme für Direktkandidaten der DKP geht dies nur in wenigen Wahlkreisen in Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg. Deshalb ruft die DKP dazu auf, mit der Zweitstimme die Linkspartei zu wählen, solange sich diese konsequent gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen Privatisierung und gegen Sozialabbau einsetzt.

Keine Stimme den Nazis!

Seit dem Aufliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ist amtlich, was Kommunisten seit langem sagen: Es gibt neofaschistischen Terror in diesem Land und dieser wird vom Staat nicht nur verschwiegen, sondern aktiv unterstützt. Das Terror-Netzwerk NSU hat mindestens zehn Menschen ermordet, mehrere Bombenanschläge und Banküberfälle verübt. Geheimdienste und Ämter haben systematisch Spuren verwischt und Beweise vernichtet. Die Täter wurden im Umfeld der migrantischen Opfer gesucht.

Neofaschistischen Terror gibt es nicht erst seit Bekanntwerden des NSU. Seit 1990 starben an die 200 Menschen durch rechte und rassistische Gewalt.

Angesichts der Wirtschaftskrise hetzen Neonazis heute wieder verstärkt gegen Migranten und Flüchtlinge. Ihre Parolen wie „Arbeit zuerst

für Deutsche“ lenken von den Verantwortlichen und Profiteuren für die sozialen Angriffe auf die Bevölkerung ab. Neonazis versuchen die Arbeiterklasse zu spalten und von unserem gemeinsamen Gegner abzulenken. Wir wissen: Verursacher und Nutznießer der Krise ist das deutsche Monopolkapital. Durch Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV und Lohndrückerei werden die Krisenlasten auf die Bevölkerung abgewälzt.

Die Antwort der DKP heißt: Wir lassen uns nicht spalten. Gemeinsam gegen Kapital und Kabinett ist unsere Antwort auf Rassismus und Neofaschismus. Als Kommunistinnen und Kommunisten sehen wir es als unsere Aufgabe, gegen neofaschistische Hetze und Rassismus in Wohngebieten, Betrieben, Schulen und Universitäten – überall dort, wo wir leben, lernen und arbeiten – aufzustehen.



Mit NPD, Republikanern, Pro Deutschland, Die Rechte und der Alternative für Deutschland kandidieren gleich fünf rechtsextreme

Parteien zur Bundestagswahl. Wir sagen: Nazi-propaganda in den Müll! Rechte Wahlkampfveranstaltungen verhindern! Keine Stimme den Nazis!

Solidarität mit den Flüchtlingen, die für ihre Rechte kämpfen Gekommen um zu bleiben

In immer mehr Städten und Sammelunterkünften haben Flüchtlinge in diesem Land den Kampf für ihre Rechte aufgenommen. Sie fordern das Bleiberecht und die Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze, die ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verweigern. Sie wollen arbeiten und ein Einkommen haben und nicht von staatlichen Almosen unter Hartz-IV-Niveau und Fresspaketen leben. Sie wollen in Wohnungen und nicht in Sammelunterkünften und Lagern leben. Sie wollen sich in diesem Land frei bewegen können und nicht um Sondergenehmigungen betteln, wenn sie den ihnen zugewiesenen Landkreis verlassen wollen. All das wir ihnen in diesem Land verwehrt.

Nach dem Selbstmord eines Asylsuchenden aus dem Iran im Herbst 2012 haben sich Flüchtlinge zu Fuß aus Würzburg auf



den Weg nach Berlin gemacht, um den Regierenden in Berlin auf die Pelle zu rücken. Seit fast einem Jahr leben sie in einem Protestcamp auf dem Oranienplatz. Im grün regierten Kreuzberg wurden sie geduldet. Bis zum Wahlkampf: Nun hat die

CDU begonnen, Unterschriften für die Räumung des Camps zu sammeln. Auch in anderen Städten haben sich Flüchtlinge zusammengeschlossen, sich organisiert und Plätze besetzt. Zu einer brutalen Räumung kam es zuletzt in München.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten solidarisieren uns mit den Forderungen der Flüchtlinge. Sie sind gekommen, um zu bleiben und entschlossen, ihren Widerstand fortzusetzen. Ihr Kampf ist kein isolierter Kampf, sondern steht im Zusammenhang mit den Angriffen des Kapitals auf die Rechte der Arbeiterklasse insgesamt. Flüchtlinge werden zum Beispiel durch das Arbeitsverbot in illegale Beschäftigungsverhältnisse gedrängt und so als Lohndrücker missbraucht. Der Kampf für Arbeit und soziale Rechte ist ein gemeinsamer Kampf.

Die DKP fordert:

- Das Verbot der NPD und ihrer Nebenorganisationen sowie aller anderen faschistischen Parteien und Organisationen gemäß Art. 139 GG durchzusetzen, denn: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
- Die Auflösung des Verfassungsschutzes und des MAD und aller anderen Geheimdienste!
- Der 8. Mai, Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, wird in ganz Deutschland als offizieller Gedenktag eingeführt!
- Schluss mit der staatlichen Duldung und Unterstützung von Rassismus und Neonazibanden,
- dem Überwachungsstaat und Repression gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten.
- Die DKP verbindet den Kampf gegen Neofaschismus mit dem Widerstand gegen den staatlichen Repressionsapparat und gegen die Demontage demokratischer Rechte.

Gegen Kriegseinsätze!

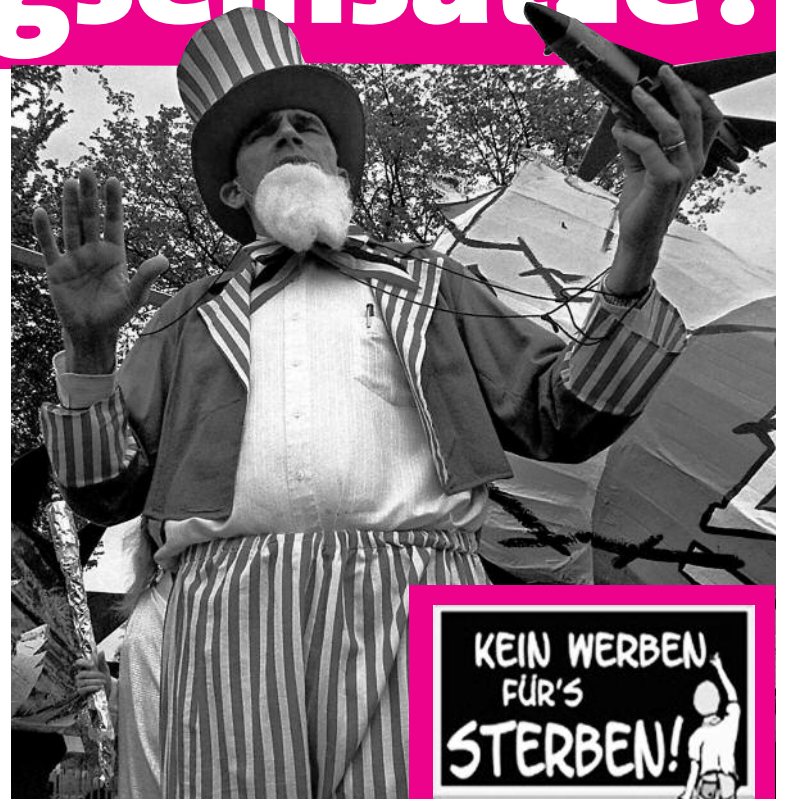
Deutschland ist wieder Kriegspartei. Bundeswehrtruppen agieren in aller Welt: 1999 mit der Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien, in Afghanistan seit 2002, im Kosovo, bei der „Piratenjagd“ am Horn von Afrika, mit dem Einsatz von Ausbildern in Mali und der Stationierung von deutschen Patriot-Raketen in der Türkei an der Grenze zu Syrien. Man ist dabei, wenn es – gemeinsam mit den USA und den anderen NATO-Partnern – darum geht, „unbotmäßige“ Staaten und politische Kräfte an die Kandare zu nehmen. Man ist dabei, um den deutschen Konzernen den Zugang zu Rohstoffen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften zu sichern.

Im deutschen Bundestag sehen nicht nur die Regierungsparteien,

bereitgestellt. Lediglich die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ hat bisher grundsätzliche

Die DKP fordert:

- Zivilklauseln an allen deutschen Hoch- und Fachhochschulen.
- Schluss mit der Kriegsfor-schung an unseren Universitäten.
- Kein Geld für Militarisation, Rüstung und Kriegseinsätze, sondern für Konversionsfor-schung sowie für Investitionen in Arbeitsplätze, Bildung, Kultur, Gesundheit.



Bundeswehr raus aus den Schulen

Immer mehr Jugendliche landen nach der Schule auf der Straße oder in verschiedenen Warteschleifen, zum Beispiel in unbezahlten Praktika oder billigen Bildungsmaßnahmen, weil sie keinen Ausbildungsplatz finden. Im vergangenen Jahr waren das bundesweit mehr als 380 000 Jugendliche, die mangels Lehrstelle in eine derartige Alternative geflüchtet sind. Wer doch einen Ausbildungsplatz ergattert, wird in der Regel nach der Ausbildung nicht übernommen und muss sich erwerbslos melden.

In dieser Situation macht sich die Bundeswehr in Schulen, Arbeitsämtern und Universitäten breit. Sie wirbt für die Truppe als Arbeitgeber, um Kanonenfutter für Kriegseinsätze zu rekrutieren.

Gemeinsam mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) fordert die DKP ein Ausbildungsplatzgesetz und Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze! Bundeswehr raus aus Schulen, Universitäten und Jobcentern. www.sdaj-netz.de



sondern auch SPD und Bündnis 90/ Die Grünen Krieg wieder als normales Mittel der Politik. Militärinterventionen und Bundeswehrein-sätze in aller Welt und die zunehmende Militarisation der Gesellschaft werden nicht hinterfragt. Gegen die Auf- und Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee, die weltweit agieren kann, wie auch gegen den Bundeswehrein-satz im Inneren regte und regt sich aus den Reihen dieser Parteien kein – oder nur sehr leiser – Widerstand. Immer neue Steuermittel werden für die Rüstung und Rüstungsproduktion

Gegenpositionen zu Rüstung und Kriegseinsätzen bezogen.

Die DKP fordert gemeinsam mit anderen Kräften der Friedensbewegung:

- Es muss Schluss sein mit der grundgesetzwidrigen Politik des weltweiten Einsatzes der Bundeswehr zur Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals! Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus allen Konfliktgebieten! Schluss mit dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, keine Drohnen für die

Bundeswehr! Kampfdrohnen weltweit ächten und verbieten!

- Wir fordern das sofortige Verbot deutscher Waffenexporte und die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion. Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten! Weltweite Ächtung und Verbot von Kampfdrohnen!
- Wir fordern den Austritt Deutschlands aus der NATO und allen EU-Militärstrukturen.
- Sofortiger Abzug der US-Atomwaffen auf deutschem Boden! Atomwaffen abschaffen!

Runter mit den Mieten

Wohnen ist inzwischen so teuer wie nie geworden. Immer mehr Menschen können ihre Wohnkosten kaum noch bezahlen und haben so gut wie keine Chance, innerhalb ihrer Stadt eine andere, bezahlbare Wohnung zu finden. Wird diese Entwicklung nicht von uns gestoppt und es geht so weiter, wird Wohnen bald zu einem unbezahlbaren Luxusgut.

Schon heute geht aus dem Geldbeutel eines Mieterhaushalts mehr als jeder dritte Euro für die Wohnkosten drauf. Hohe Energiekosten, teure Modernisierungen und vor allem die exorbitant steigenden Mieten treiben die Wohnkosten hoch. So wächst längst nicht nur in den

Ballungsräumen und Universitätsstädten die Wohnungsnot. In den Städten werden mehr und mehr Geringverdiener an die Stadtränder verdrängt.

Besonders Miethaie nutzen die Gunst der Stunde und langen bei Neuvermietungen und Mieterwechsel tief in die Taschen der Mieter. Zu all dem dürfen Vermieter noch immer die Mieten innerhalb von drei Jahren um 20 Prozent erhöhen – also um sage und schreibe sieben Prozent pro Jahr. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden, denn die Löhne und Gehälter von Otto Normalverbraucher sinken. Wir brauchen deutlich mehr Wohnungsneubau, vor allem Wohnungen im mittleren und unteren Preissegment. **Löhne rauf, Mieten runter!**



Die DKP fordert:

- Kampf der Wohnungsnot und dem Mietwucher vor allem in den Ballungsgebieten. Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus unter der Verantwortung der Kommunen, die dafür mit einem staatlich geförderten Wohnungsbauprogramm unterstützt werden.
- Elementare Lebensbedürfnisse der Menschen wie Bildung, Wohnen, Kultur, Mobilität oder Gesundheit müssen für alle bezahlbar sein.
- Schluss mit der Verarmung der Kommunen! Schuldenschnitt für die Gemeinden und Städte!
- Stopp gesetzlicher Schuldenverbote („Schuldenbremsen“), weil sie als Vorwand für weiteren Sozialabbau und Privatisierung dienen.



PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Wolfgang Gehrcke/Christiane Reymann (Hg):
Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

Längst ist der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einen demokratischen Wandel abwürgt. Das Buch ordnet den Konflikt historisch ein, untersucht die Politik des Westens und skizziert Wege zu Verhandlungslösungen.

187 Seiten – 9,90 Euro



Phillip Becher:
Rechtspopulismus
Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie

Phillip Becher stellt die relevanten wissenschaftlichen Definitionen und Erklärungen vor. Mit Profilen rechtspopulistischer Formationen in Europa und den USA sowie der Analyse ihrer Programmatik und Politik geht er ihren Perspektiven, ihrem Verhältnis zum Faschismus und den Folgen für die Demokratie nach.

Pocketformat – 123 Seiten – 9,90 Euro



Lucas Zeise:
Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus
Versuch über die politische Ökonomie des Finanzsektors

Anlässlich der seit 2007 anhaltenden Turbulenzen handelt der Finanzjournalist Lucas Zeise die großen und kleinen Krisen des Kapitalismus ab – Inflation, Währungskrisen, Staatspleiten. Und er diskutiert, was notwendig wäre, um das Monster namens Finanzsektor zu bändigen.

3., erweiterte Auflage – 223 Seiten – 14,90 Euro

Deutschland ist ein Überwachungsstaat



Widerstand gegen Demokratieabbau

Die DKP ruft dazu auf, politische Grundrechte zu verteidigen. Wir fordern tatsächliche Mitwirkungsrechte und treten für das uneingeschränkte Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ein. Aktionen des zivilen Ungehorsams, Demonstrationen, Sitzblockaden, Spontankaktionen sind wichtige Formen des Protests.

Wir fordern das Recht auf Volksabstimmungen auf nationaler Ebene und die Legalisierung des politischen Streiks

Im Verlauf der Krise hat sich die Entwicklungstendenz hin zu autoritären, reaktionären Herrschaftsmethoden des Kapitals verstärkt.

Der Angriff auf demokratische Rechte vollzieht sich auch in der Bundesrepublik Deutschland dabei in einzelnen Schritten: durch den Ausbau von Überwachungs- und Repressionsinstrumenten, die Einschränkung des Demonstrationsrechts – bis hin zum Streikrecht auf Bundes- und Länderebene.

Die Einschränkung von politischen Grundrechten erleben Menschen schon heute ganz konkret: bei betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen, bei Streiks, bei Protesten der „Empörten“ bzw. Occupy-Bewegung, bei Blockupy in Frankfurt am Main, bei antifaschistischen Aktionen, bei Protesten wie gegen „Stuttgart 21“, im Wendland, bei Aktionen gegen die Schließung und Privatisierung kommunaler Einrich-

tungen. Teil des Demokratieabbaus ist auch die Einschränkung bzw. weitgehende Beseitigung des Budgetrechts für Kommunen und Bundesländer im Rahmen der Umsetzung der sogenannten Schuldenbremse.

Durch den NSA-Skandal wurde vielen Menschen im Land jedoch erst jetzt deutlich, wie sehr bereits Grundrechte eingeschränkt oder missachtet werden.

Es spitzeln nicht nur US-amerikanische und britische Behörden seit vielen Jahren. Nachrichtendienste wie die NSA schöpfen ohne konkrete Verdachtsmomente Telefonate und elektronische Kommunikation ab. Über die Speicherung und Auswertung werden Kontakte, Freundschaften und Beziehungen, politische Einstellungen erfasst. Geheimdienste können Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile aus den erfassten Daten ableiten. Deutsche Dienste profitieren von den Informa-

tionen der anderen Behörden und liefern selbst Daten. BND und Verfassungsschutz setzen – ohne gesetzliche Grundlage – das NSA-Spähprogramm XKeyScore zur Überwachung von Suchmaschinen ein.

Dieses Vorgehen der Geheimdienste ist grundgesetzwidrig.

Doch die Überwachung findet nicht nur im Internet statt, sondern schon seit Jahren auf der Straße, in Bahnhöfen, Gebäuden, in Unternehmen, durch die Möglichkeit der Bestandsdatenabfrage, durch das Filmen von Demonstrationen, den Einsatz von Drohnen usw.

Bundeskanzlerin Merkel erklärte auf ihrer Sommerpressekonferenz, Deutschland sei „kein Überwachungsstaat“.

Auch die Enthüllungen von Snowden beweisen: Sie lügt.

Sozialabbau stoppen!

Die offizielle Erwerbslosenzahl von drei Millionen ist das Ergebnis statistischer Taschenspielertricks, die das wahre Ausmaß der Erwerbslosigkeit und vor allem der realen Verarmung verschleiern. Fakt ist: Ein Drittel aller ALG-II-Bezieher sind erwerbs-

Die Ergebnisse reichen von fehlenden Investitionen im sozialen Wohnungsbau bis zu Streichungen in den Bildungs-, Kultur- und Sozialetat – sie gehen einher mit Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst und der Privatisierung von Betrieben in öffentlicher Hand.



tätig und über eine Million Beschäftigte sind Leiharbeiter, die in der Mehrheit weit unter dem Durchschnitt verdienen. Die DKP erteilt der Politik der Krisenabwälzung auf die Lohnabhängigen eine Absage und tritt ein für:

- Das Verbot von Leih- und Zeitarbeit!
- Gleicher Lohn, für gleiche Arbeit – für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro!
- Die Rücknahme der Hartz-IV-Gesetze!
- Die Rückführung des Renteneintrittalters auf 65 und keine weitere Rentensenkung!
- Die Einführung einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Unter dem Deckmantel der „Schuldenbekämpfung“, setzen Politiker von CDU bis Grüne auf Länder- und Kommunalebene die sogenannte Schuldenbremse um.

Die DKP setzt sich ein für:

- Die ersatzlose Streichung der Schulden öffentlicher Haushalte – weg mit der Schuldenbremse – die Reichen sollen zahlen!
- Für das Recht auf bezahlbare Bildung, Wohnen, Kultur, Mobilität und Gesundheit – Privatisierungen stoppen!

Die Herrschenden in Deutschland haben ihre Antwort auf die Krise gegeben. Deshalb ist es an der Zeit, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben gemeinsam mit den Erwerbslosen, der Jugend und Rentnern ihre Antwort auf die Krise geben: durch Abwehrkämpfe in Betrieben, in Städten und Kommunen. Sich an der Formierung dieser Kämpfe zu beteiligen und sie weiter voranzutreiben mit dem Ziel, diese kapitalistische Gesellschaft zu überwinden – dafür stehen die Kommunistinnen und Kommunisten.

MARXISTISCHE BLÄTTER
www.marxistische-blaetter.de

50 JAHRE
Marxismus für die A-Klasse

Jubiläumsabonnement

Die MARXISTISCHEN BLÄTTER gibt es seit 1963. Ihre Kernaufgabe damals wie heute: Arbeiterbewegung und Marxismus zusammenzubringen. Also: Marxismus für die A-Klasse, damit vor allem die Arbeiterklasse ihrer Lage auf den Grund kommt und nachhaltiger für ihre eigenen Tages- und Zukunftsinteressen kämpfen kann. Diese Aufgabe ist angesichts der tiefen Krise des Kapitalismus aktueller denn je.

Darum unser Jubiläumsangebot im Jahr 2013

Wer die MARXISTISCHEN BLÄTTER für mindestens zwölf Ausgaben abonniert, bekommt die ersten 6 Ausgaben mit 50 % Rabatt. (Das Normal-Abo kostet im ersten Jahr 24,- Euro bzw. das ermäßigte Abo 16,- Euro und erst im zweiten Jahr 48,- bzw. 32,- Euro. Man spart also insgesamt 24,- bzw. 16,- Euro)

- Ja, ich möchte ein befristetes Testabonnement (3 Ausgaben für 15,- €)
- Ja, ich abonniere ...
- Ja, ich verschenke ...

... die Zeitschrift MARXISTISCHE BLÄTTER für mindestens 12 Ausgaben (2 Jahre)* mit 50 % Jubiläumsrabatt für die ersten 6 Ausgaben ...

- zum Normalpreis von 48,- €
- zum ermäßigten Preis von 32,- €

Lieferanschrift

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Alter _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

* Das Abo verlängert sich um weitere 6 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes schriftlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen gekündigt wird.

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 482

info@neue-impulse-verlag.de
www.marxistische-blaetter.de

Rente mit 67 ist Rentenklau



Im Jahr 2007 hat die damalige große Koalition die „Rente mit 67“ durchgepeitscht. Während SPD-Chef Sigmar Gabriel uns glauben lassen möchte, die SPD würde möglicherweise nach einem Wahlsieg zurückrudern, bringen Sprecher der Unternehmer und schwarzgelbe Politiker bereits eine noch höhere Lebensarbeitszeit in die Debatte.

Mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters wurde nur eines sicher: Die Altersarmut für immer mehr Menschen. Denn kaum eine Krankenschwester kann mit 66 Jahren einen 100-kg-Patienten umbetten. Ein Dachdecker würde fast 50 Arbeitsjahre Wind und Wetter ausgesetzt. Das hat mit der Realität nichts mehr zu tun. Umso mehr mit Rentenklau und Altersarmut.

Denn es geht bei der „Rente mit 67“ nur um die Senkung der gesetzlichen Renten. Die Unternehmer bejammern zwar einen Facharbeitermangel, sorgen aber vielfach dafür, dass ältere und erfahrene Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben gedrängt werden. Und dank des ausufernden Niedriglohsektors bleibt vielen kein Spiel für eine private Altersvorsorge. Es ist blanker Hohn: Ausgerechnet diejenigen, die in unterbezahlte Arbeit gedrängt worden sind, sollen von dem Hungerlohn auch noch was an die Seite legen.

Für alle Beschäftigten gilt: Von

der massiv gestiegenen Arbeitsproduktivität profitiert allein das Kapital, der gestiegene Arbeitsdruck geht allein auf unsere Knochen. Notwendig sind Arbeitsbedingungen, mit denen wir unbeschadet die 65 erreichen können.

Uns helfen keine leeren Wahlversprechen, auch keine untauglichen Konzepte wie die Riester-Rente oder Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner. Wir brauchen Löhne, von denen man leben kann und die zu einer ausreichenden Rente ab 65 führen.

Eine Bundesregierung kann nur einem Herren dienen: Entweder dem großen Kapital oder den Interessen der arbeitenden Menschen. Die letzten Regierungen haben sich nicht nur in der Rentenfrage entschieden. Entscheiden wir uns daher nicht nur bei dieser Bundestagswahl gegen diese Parteien des Kapitals!



DKP & Wochenzeitung UZ - Jetzt kennen lernen

DKP **UZ**



- Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos probelesen. (Abo endet automatisch)
- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____



Coupon einsenden an:
CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18
45127 Essen oder per Mail schicken:
info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28